

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Verschärfung der Lage in Chile

Der Bundestag wolle beschließen:

Eingedenk der vielfältigen traditionell freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem deutschen und dem chilenischen Volk verfolgt der Deutsche Bundestag mit zunehmender Sorge die jüngste Entwicklung in Chile. Der Deutsche Bundestag, der grundsätzlich und weltweit die Anwendung von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele verurteilt, ist besonders beunruhigt über die Zuspitzung der Lage in Chile, wie sie in den letzten Wochen durch rechts- und linksextremistische Terrorakte, Attentate, die Verhängung des Belagerungszustandes und die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen durch das Regime Pinochet gekennzeichnet ist. Der Deutsche Bundestag beklagt die Opfer der Gewalt und bekundet deren Angehörigen seine Solidarität.

Der Deutsche Bundestag bedauert, daß die Ansätze zu einem Dialog zwischen Regierung und demokratischer Opposition offensichtlich an der starren Haltung der chilenischen Regierung gescheitert sind, die einen geordneten baldigen Übergang zur Demokratie weiterhin ablehnt. Der Deutsche Bundestag hält die von elf demokratischen Gruppierungen auf Initiative der Katholischen Kirche von Chile erarbeitete und am 6. September 1986 erneut bekräftigte Nationale Übereinkunft (Acuerdo Nacional) für eine gute Grundlage. Der Deutsche Bundestag appelliert an die chilenische Militärregierung, die in der Nationalen Übereinkunft enthaltenen politischen Forderungen und Sofortmaßnahmen unverzüglich in die Tat umzusetzen, um eine weitere Eskalation der Gewalt und die zunehmende politische Radikalisierung zu bremsen. Die politischen Kräfte der Mitte, die in Chile eine bedeutende demokratische Tradition haben, dürfen nicht zerrieben werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, gemeinsam mit ihren europäischen und nordamerikanischen Verbündeten auf die chilenische Regierung einzuwirken,

- daß der Belagerungszustand aufgehoben und die Menschen- und Bürgerrechte voll wiederhergestellt und daß alle Gefan-

genen, die ausschließlich aus politischen Gründen inhaftiert sind, freigelassen werden,

- daß die demokratischen Grundrechte in Chile wiederhergestellt werden,
- daß auf der Grundlage der Nationalen Übereinkunft unverzüglich Verhandlungen mit der demokratischen Opposition eingeleitet werden, mit dem Ziel, so schnell wie möglich freie und geheime Wahlen durchzuführen.

Der Deutsche Bundestag versichert dem chilenischen Volk, daß ein freiheitlich-demokratisches Chile mit der Freundschaft und Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland rechnen kann.

Bonn, den 23. September 1986

Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion
Mischnick und Fraktion